

19/SN-113/ME
von 3



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 601.436/1-V/4/88

An das
Präsidium des
Nationalrates

1010 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	26 - GE 9.88
Datum:	13. MAI 1988
Verteilt	17. Mai 1988 <i>groz</i>

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

L. Pointner

Betrifft: Bundesgesetz über die Zeichnung von zusätzlichen
Kapitalanteilen bei der Internationalen Bank für
Wiederaufbau und Entwicklung;
Entwurf

In der Anlage werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme des
Verfassungsdienstes zu dem im Gegenstand genannten
Gesetzentwurf übermittelt.

11. Mai 1988
Für den Bundesminister für
Gesundheit und öffentlicher Dienst:
i.V. KREUSCHITZ

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 601.436/1-V/4/88

An das
Bundesministerium für Finanzen

1010 W i e n

DRINGEND

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Bernegger

2426

00 0212/7-V/1/88
7. März 1988

Betrifft: Bundesgesetz über die Zeichnung von zusätzlichen
Kapitalanteilen bei der Internationalen Bank für
Wiederaufbau und Entwicklung;
Entwurf

Zu den Erläuterungen:

Zum Allgemeinen Teil:

Unter Hinweis auf die Note des Verfassungsdienstes vom
27. August 1987, GZ 670.213/1-V/4/87, wonach es sich bei der
zusätzlichen Beitragsleistung Österreichs an eine
internationale Finanzinstitution um einen Akt der
Privatwirtschaftsverwaltung handelt, für den - im vorliegenden
Fall - Art. VIII (b) ii iVm mit Art. II Abs. 3 (c) des
Abkommens, die entsprechenden Beschlüsse des Gouverneursrates
auf Kapitalerhöhungen in Verbindung mit den Zustimmungen aller
Mitgliedstaaten an sich eine ausreichende gesetzliche Grundlage
darstellen, andererseits aber an der bisherigen Praxis,
derartige zusätzliche Beitragsleistungen oder weitere
Zeichnungen von Kapitalanteilen jedenfalls auch durch
Gesetzesbeschluß zu normieren nichts geändert werden soll,
sollte in den Erläuterungen der letzte Absatz auf S. 3 ab dem
zweiten Satz - abweichend von allen bisherigen Formulierungen
diesbezüglicher Erläuterungen - wie folgt formuliert werden:

- 2 -

"Der bisherigen, langjährigen Praxis entsprechend soll zusätzlich zu den im Gesetzesrang stehenden Art. VIII (b) ii in Verbindung mit Art. II Abs. 3 (c) des Abkommens über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 150/1949, die Kapitalerhöhungen durch Beschluß des Gouverneursrates in Verbindung mit der Zustimmung aller Mitgliedstaaten vorsehen, und den durch Art. 9 Abs. 2 B-VG gedeckten Beschluß des Gouverneursrates auf Kapitalerhöhung (in Verbindung mit der Zustimmung aller Mitgliedstaaten) eine weitere Zeichnung von Kapitalanteilen jeweils auch vom Nationalrat genehmigt werden."

Es wird darauf hingewiesen, daß auch in den Erläuterungen des Bundesgesetzes über die Leistung eines achten zusätzlichen Beitrages zur internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), BGBl. Nr. 30/1988 (402 BlgNR XVII.GP), diese Formulierung gewählt wurde.

11. Mai 1988
Für den Bundesminister für
Gesundheit und Öffentlicher Dienst:
i.V. KREUSCHITZ

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

